

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer, Organisator und Geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998
Seit 2000: Kostenopfer der deutschen Einheit
2010: Niederschlagung der Petitionen an Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag mit Rücktritt des hochgeschätzten Bundespräsidenten **Prof. Dr. Horst Köhler**
Zerschlagung der Unternehmensgruppe Ockl

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
<https://www.euro-online.de>

<https://www1.wdr.de>

Fax: 0221/220 – 4800

Frau Dr. Katrin Vernau
Intendantin des
Westdeutschen Rundfunks

Appellhofplatz 1
50667 Köln

Velbert, 24.09.2025

Vernetzte Doku im Internet:

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/WDRint25.pdf>

Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland einschl. ÖRR
(Westdeutschen Rundfunk Köln) am Amtsgericht Velbert 10 C 234/24
Widerspruch zum Festsetzungsbescheid vom 01.09.2025
(eingegangen am 11.09.2025, Beitragsnummer 250 514 940)
Enormes Staatsversagen: Anlage VB-2430
Öffentliche Stellungnahme (07.03.2025) des früheren
Bundesverfassungsgericht-Präsidenten (2002-2010)
Prof. em. Dr. jur. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier

Sehr geehrte Frau Intendantin Dr. Vernau,

der/die Festsetzungsbescheid(e) Ihres Beitragsservice gegen den Unterzeichner sind enorm verfassungswidrig.

Der Adressat ist Opfer von enormen Staatsversagen unter Kostenstau der deutschen Einheit unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks:

> Politisch motivierte Zerschlagung wegen und für Kostentilgung der deutschen Einheit (Z1, skandalöser Solidaritätsverstoß: Erzwingung der Zerschlagung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 zu Gunsten der Kostentilgung der deutschen Einheit, Solidarität ist die Basis des Grundgesetz)

> Niederschlagung der parallelen Petitionen des Unterzeichners an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010 bis 2011

mit Rücktritt des deutschen Bundespräsidenten mit sofortiger Wirkung

(Z1/Z2, Petitionsrecht ist ein Grundrecht, das zu respektieren ist; Niederschlagung von 2 Petitionen ist enorm respektlos und enorm verfassungswidrig)

> Danach: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung mit Nonstop-Gerichtsverfahren gegen Rentner im 70.Lebensjahr (2011)

unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunk

mit Rücktritt der ARD-Vorsitzenden und Intendantin des WDR in 2013 (Z3, Staatsvertrag gibt dem ÖRR dazu keine Berechtigung, enorm verfassungswidrig)

> Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung mit Nonstop-Gerichtsverfahren gegen Rentner im 70.Lebensjahr (2011) unter Missbrauch des Sozialstaat für soziale Zerschlagung ohne Zugang zu sozialen Versicherungsleistungen (Z4)

> Bis dato: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung mit

Nonstop-Gerichtsverfahren gegen Rentner wegen Sabotage und Boykottierung von Rehabilitierung und Schadenersatz mit verfassungswidrigem Übermaß (Z5). **Das ist Raubmord: Ausgeraubt als Kostenopfer der deutschen Einheit und anschließend mit sozialer Zerschlagung wegen Kostenstau im Sozialstaat ermordet.**

Der ÖRR ist kein grundrechtsfreier Raum. Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten in diesem Ausmaß sind enorm verfassungswidrig, ohne Rechtskraft gegen das Opfer, aber mit enormer Rechtskraft für Rehabilitierung und Schadenersatz. Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland. Dementsprechend unser

Widerspruch zum Festsetzungsbescheid gemäß dem grundrechtsgleichen Recht nach Art.20 Abs.4 GG als Recht auf Widerstand, weil bis heute andere Abhilfe nicht möglich ist, trotz intensiver Anstrengungen gegen politisch motivierte Zerschlagungen. Aus aktuellem Anlass:

> **03.Oktober 2025: 35 Jahre Deutsche Einheit**

> **August 2025: über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen** mit über 50 Milliarden „Judas-Silberlingen“ (EUR) der UMTS-Auktion 2000 zugunsten der Kostentilgung für die deutschen Einheit (das ist Aufgabe der deutschen Solidargemeinschaft!) erzwungen:

> **Kostenopfer der deutschen Einheit,**

> **Zerschlagungsopfer der deutschen Einheit**

> **Raubmord unter persönlicher Verantwortung von**

Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml

unter Beteiligung des ÖRR (öffentlich rechtlichen Rundfunks) seit 1998 mit

Eva-Maria-Michel-Skandal: Schlesinger-Skandal war nur die Spitze eines

Eisbergs. Der ÖRR ist kein grundrechtsfreier Raum.

Soweit Sie mit Staatsanwälten (hier Staatsanwälte Wuppertal) zusammenarbeiten: Weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung (mit grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG) sabotieren bis heute eine angemessenen Schadenersatz. Selbst die Generalstaatsanwältin in Düsseldorf (seit Oktober 2024 Frau **Dr. Christina Wehner**) will keine Verantwortung für Staatsanwälte Wuppertal übernehmen:

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/STA25.pdf>

Siehe Briefkopf: Opfer ist

Gründer, Organisator und Geschäftsführender Chefredakteur der

Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Seit 2000: Kostenopfer der deutschen Einheit

2010-2011: Niederschlagung der parallelen Petitionen an Deutschen Bundestag

und Bayerischen Landtag mit

Rücktritt des hochgeschätzten Bundespräsidenten Prof. Dr. Horst Köhler

Zerschlagung der Unternehmensgruppe Ockl

Das Recht auf Petitionen an Deutschen Bundestag und an Bayerischen Landtag ist als Grundrecht zu respektieren.

Respektlos und enorm verfassungswidrig: Niederschlagung der Petitionen an Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag und danach bis heute Nonstop-Gerichtsverfahren gegen den Unterzeichner, der hinnehmen muss, dass

Menschenrechte mit Füßen getreten werden bis zum

Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz und mit

Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum

Schutz vor staatlichen Übergriffen und mit skandalösen

Richterboykott & Staatsanwaltlicher Sabotage wegen Abscheu

vor Auseinandersetzungen mit enormen Staatsversagen.

Willfähige Richter boykottieren die Gerichtsverfahren. ÖRR-Redaktionen von Politmagazinen ist es durch Intendanten untersagt, darüber zu berichten, geschweige denn zu recherchieren. Bitte belehren Sie uns gerne über neuere Entwicklungen. In diesem Zusammenhang wird verwiesen auf Verfassungsbeschwerde vom 20. Juli 2025 (2 BvR 1322/25) mit den Kapiteln BVERFG-424 und BVERFG-425:
Im Vorfeld der Verfassungsbeschwerde:

AGV-19: Zu bekämpfen: Verfassungswidriges Verhalten des Amtsgerichtes Velbert (Verfahren übergreifend) durch ständige Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten. Verfassungsbeschwerde gegen Urteil 10 C 286/24 Amtsgericht Velbert vom 20.07.2025 und gegen Missachtung des gesetzlich festgelegten Ausschluss der Ausübung des Richteramtes gemäß §41 ZPO Abs. 06./07./08 in Verfahren 10 C 234/24 Unerträglich: Klagepunkte im Verfahren 10 C 234/24 mit verfassungswidrigem Urteil im Verfahren 10 C 286/24 ausgehebelt.

Verfassungsbeschwerde vom 20.07.2025 (2 BvR 1322/25)
mit den Kapiteln BVERFG-424 und BVERFG-425:

BVERFG-424: Faktenlage August 2025

Beschwerdeführer:

Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, seit über 25 Jahren.

Kostenopfer und Zerschlagungsoffer der deutschen Einheit,

erzwungen mit staatlicher UMTS-Auktion 2000

im August 2000 (25 Jahre Gedenken im August 2025)

mit weltweit größtem, für Kostentilgung der deutschen Einheit maximiertem Auktionsbetrag (über 50 Mrd EUR), mit

verheerenden, enorm solidaritätswidrigen Auswirkungen eines gigantischen Markteingriffs auf sein Lebenswerk

im 60. Lebensjahr, mit Totalverlust seines Unternehmens:

Familienunternehmen mit

Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem

Wissensmanagement für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz in Deutschland und Europa

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH:

Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den Innovationen der Digital-Branche

in jährlichem Turnus von 1976 - 2003: Qualitätsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden

Congressmesse

Nach 2003: Intensive Bemühungen um Wiederaufbau seines Familien-Unternehmens

Chancenlos wegen politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

Nach Aufbrauch ansehnlicher Altersrücklagen in 2010

(70. Lebensjahr) und hohen Bankschulden:

Erzwungene Einstellung der Beitragszahlungen im 70. Lebensjahr an soziale Versicherungen des Klägers und

Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und an den Bayerischen Landtag in München

Rücktritt des hochgeschätzten Bundespräsidenten

> mit sofortiger Wirkung < unmittelbar nach Bitte um Unterstützung seiner Petition im Mai 2010

> > > <https://www.euro-online.de>

Nach Niederschlagung der Petitionen in Berlin und München in 2011: Sofortige Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz: <https://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf>

Faktenlage: Soziale Zerschlagungen durch Missbrauch von Sozialversicherungen seit 70. Lebensjahr sind ausschließlich durch Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz verursacht.

2012: Bruder des Beschwerdeführers hält der Hetzjagd durch die Bayerische Staatsregierung mit Staatsminister Söder nicht Stand und erlöst sich mit Freitod. Beschwerdeführer ist einziger Erbe mit Nachlass-Insolvenz. Beschwerdeführer unterstützte den juristischen Abwehrkampf seines Bruders seit Frühjahr 2010

> > > <http://www.damwild-ockl.de/>

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz am Landgericht Wuppertal

wegen politisch motivierter Zerschlagungen

2 O 70/15 Politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf>

2 O 163/16 Politisch motivierte Zerschlagungen am Geburtsort

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BAYZER01.pdf>

Politisch motivierte Zerschlagung unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks am Verwaltungsgericht Düsseldorf

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/WDR2023-0.pdf>

Scroll down after link (page 001/076)

Nach judikativem Boykott am Landgericht Wuppertal und am Verwaltungsgericht Düsseldorf: Vom Verwaltungsgericht Berlin per Beschluss fortgesetzt

OVG 11 RM 3/23 (OVG 11 M 2/22, OVG 11 M 21/21, VG 27 K 308.14, VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11 Verwaltungsgericht Berlin)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf>

Scroll down after link (page 364)

Nach judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin

> **Klage vom 03.10.2024 wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-Richter-Verfahren:**

10 C 234/24 Amtsgericht Velbert

AGV-01. Faktenlage 2024 der mehrfach wiederholten Klage gegen Bundesrepublik Deutschland seit 2011 nach Petitionen am Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und am Bayerischen Landtag in München (2010):

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2),

> > > unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 84. Lebensjahr (Z4),

mit verfassungswidrigem Übermaß inkl. Datenschutz-Skandal (Z5)

Menschenrechte mit Füßen getreten bis zum Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum

Schutz vor staatlichen Übergriffen und skandalösen

Richterboykott & Richtersabotage wegen Abscheu vor

Auseinandersetzungen mit enormen Staatsversagen.

Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf>

Verfassungsbeschwerde vom 6. Juni 2025 (Fax vom 10.06.2025) mit Anlage VB-2448 (2 BvR 925/25)

Enormes Staatsversagen: Öffentliche Stellungnahme des früheren Bundesverfassungsgericht-Präsidenten Hans-Jürgen Papier (2002-2010)

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2) unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung (Z4, Z5) mit verfassungswidrigem Übermaß im 84.Lebensjahr (Z5).

> Von verfassungswidrigem Missbrauch Gerichte übergreifender Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 nach Niederschlagung von Petitionen an Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und Bayerischen Landtag in München (2010) (Petent im Alter von 70 Jahren, vor über 12 Jahre)

zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und zu sozialer Zerschlagung

mit verfassungswidrigem Übermaß: Datenschutz-Skandal, Rentenplünderung-Skandal (im Alter von über 80 Jahren auf Pfändungsschutzkonto), mehrfache Freiheitsberaubung mit ständiger Androhung der Wiederholung, . . .

zu verfassungswidrigen Renten-Plünderungen seit 2021 (im Alter von 80 Jahren auf Pfändungsschutzkonto bis zum Pfändungslimit ohne „Schutz“ vor staatlichen Übergriffen), ohne Respektierung der Grundrechte als Voraussetzung für Rechtsanwendungen gemäß Art.20 GG mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG

BVERFG-425. Wir trauern um > > > www.euro-online.de

Hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung auf und nach den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Enormes Staatsversagen mit enormen Justizversagen mit verfassungswidrigem Übermaß:

[Einzelrichter-Skandal am Amtsgericht Velbert \(10 C 286/24\)](#)

Kostenopfer der deutschen Einheit zu Kostenopfer des Sozialstaats deformiert! Mit sozialer Zerschlagung! Mit verfassungswidrigem Übermaß!

Aus Verfassungsbeschwerde vom **15.03.2025:**

2 BvR 818/25, 2 BvR 819/25, 2 BvR 925/25, 2 BvR 989/25,
2 BvR xxxx/25

> [Definitiv: Aufgezwungene Sonderlösungen für soziale Grundversicherungen, ohne gesicherten Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen, ohne Einspruchsmöglichkeit u.a. sind im höchsten Maße diskriminierend und disfunktional.](#)

[Faktenlage: Soziale Zerschlagungen durch Missbrauch von Sozialversicherungen sind ausschließlich durch Verweigerung von Rehabilitation und Schadenersatz verursacht.](#)

[Einzelrichter-Skandal am Amtsgericht Velbert \(10 C 234/24\) mit Fortsetzung einer verfassungswidrigen Verfügung:](#)

[Einzelrichter, mit](#)

[gesetzlichen Richterausschluss nach §41ZPO Abs.6./7./8. droht per Verfügung mit Kosten und Verurteilung, wenn Klage gegen Bundeskanzleramt \(Bundesregierung / Bundesrepublik Deutschland\) nicht zurückgenommen wird.](#)

[Einzelrichter will Grundrechte nicht respektieren, weil:](#)

Beschwerdeführer, mit Weltklasse-Höchstleistungen und professionellem Wissensmanagement für digitale Evolution auf dem Wege zu Künstlicher Intelligenz, führend in und zugunsten von Deutschland und Europa

[Kostenopfer der deutschen Einheit, erzwungen mit staatlicher UMTS-Skandalauktion 2000 / Gigantischer Markteingriff \(August 2025: 25 Jahre Gedenken\), weil Weltklasse-Höchstleistungen mit](#)

flächendeckender Crossmedia-Werbung höchst attraktiv für internationales und nationales Kapital, abgegriffen mit Maximierung des Auktionsbetrages zugunsten der Kostentilgung der deutschen Einheit, höchst solidaritätswidrig für Opfer des gigantischen Markteingriffs, die bis heute politisch motivierte Zerschlagungen mit kaum vorstellbarem Ausmaß ertragen müssen: Enormes Staatsversagen: Gerichte / Verfahren / Instanzen übergreifend, Kostenopfer der deutschen Einheit deformiert zu Kostenopfer des Sozialstaats mit sozialen Zerschlagungen mit diskriminierenden und disfunktionalen Grundversicherungen, mit Solidaritätsverweigerung bei Kostentilgung der deutschen Einheit, ohne Rehabilitierung, mit Verweigerung von angemessenem Schadenersatz als einzige Ursache für soziale Zerschlagungen seit 2010, mit Niederschlagung der Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag, mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 (Gerichte übergreifend, Verfahren übergreifend, mit disfunktionaler Beschwerde-Instanz), an Amtsgerichten, Landgerichten, Verwaltungsgerichten, Sozialgerichten, mit verfassungswidrigem Übermaß mit judikativem Boykott und mit Sabotierung durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung.

> Definitiv: Absichtliche Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011, um soziale Zerschlagungen fortsetzen zu können: Judikativer Boykott und Sabotage, staatsanwaltliche Sabotage mit Bußgeldverfahren seit 2011

> Klage wegen sozialer Zerschlagungen (Z4): Seit langem bekannt, erhärtet wegen Verweigerung von Schadenersatz, bis heute ohne Begründung zurückgewiesen, Schadenersatz wegen sozialer Zerschlagungen mit verfassungswidrigem Übermaß (Z5) als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen wird beklagt.

Anzugreifende Hoheitsakte im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal (Gerichte, Verfahren und Instanzen übergreifend) mit Skandalbeteiligung und staatsanwaltlicher Sabotage politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln BVERFG-424 und BVERFG-425 sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30f.pdf>

Scroll down after link (page 107)

> > > **Unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3): Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012**

mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF, und demonstrativer Rücktritt der WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden **Monika Piel** nach mehrfachem Briefwechsel seit den Petitionen und Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf>

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

bis zur **Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023**

Eva-Maria-Michel-Skandal: Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) unter persönlicher Verantwortung von Eva-Maria Michel, WDR/Phoenix-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellvertretende Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis 2022
Phoenix, öffentlich-rechtlicher Fernsehsender, Gemeinschaftseinrichtung von ARD (von WDR vertreten) und ZDF, verantwortlich für Zwangsmaßnahmen gegen das Zerschlagungsoffer, verantwortlich für Rundfunksperre in Politmagazinen über das Schicksal seiner Congressmessen, verantwortlich für Mittäterschaft bei Zerschlagung der Congressmessen, unter „Rückendeckung“ durch Altbundeskanzlerin.
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>
Scroll down after link (page 286)

Januar 2013: Rücktritt von WDR-Intendantin Monika Piel aus persönlichen Gründen, später aus gesundheitlichen Gründen, nach mehrfachem Anschreiben durch das Zerschlagungsoffer und nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013.

Folgewirkungen der Rundfunksperre in Polit-Magazinen unter Kontrolle der stellvertretenden Intendantin: Extremistische Auswirkungen (Z2, Z3, Z4, Z5, erzwungener Freitod in 2012) der politisch motivierten Zerschlagungen hätten verhindert werden können, mit Aufklärung über Polit-Magazine daher viel höhere Schadensbewertung erforderlich als bisher angenommen). Mehrfache, intensive Bemühungen um qualifizierte Information der Öffentlichkeit über politisch motivierte Zerschlagungen ohne Chance seit 2007 z.B.

Rundfunksperre des Klägers zu einer **Maischberger-Sendung in 2017** über Zusammenhang von politisch motivierten Zerschlagungen, Agenda 2010 und HARTZ IV
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>
Scroll down after link (page 0/72)

Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsoffers nicht nur das Ergebnis eines geeigneten Business-Plan, sondern das Ergebnis japanischer Lebens- und Arbeitsphilosophie Kaizen,

in deren Zentrum das Streben nach kontinuierlicher und unendlicher Verbesserung steht. Verbesserung erfolgt in schrittweiser, punktueller Perfektionierung oder Optimierung eines Produktes oder Prozesses: Sieh Anlage VG-2210
26 Jahre Europäische Congressmessen.

Qualifikation der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH bis heute nicht anerkannt, weil privatrechtlich (Familien-Unternehmen) organisiert und wegen Mittäterschaft des gebührenfinanzierten ÖRR,

mit rechtswidriger Vorteilsnahme durch multimediale Raubkopien von Teilnehmer-finanzierten Congress-Symposien am Beispiel der Europäischen Congressmesse ONLINE '98, mit Rückendeckung aus Berlin, in bester Abstimmung mit Bayerischer Staatsregierung, mit Rundfunksperre in Polit-Magazinen, mit Unterdrückung qualifizierter Zeugenbeweise zerschlagen: Sieh beiliegende Beweise.

177. Brutal verfassungswidrig, Menschen verachtend, Bürger verachtend und Gebührenzahler verachtend:

Extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998:

Ausgehebelt, ausgeraubt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet:

Politik in Berlin und München, Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Sozialversicherungsträger Hand-in-Hand: Seit über 20 Jahren, wie lange noch so weiter?

Hand-in-Hand: **Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel / Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

Respekt vor Intendantin Monika Piel, die dies nicht mitmachen wollte! Alle andere Intendanten der ARD und des ZDF (gesamte Intendantenschaft in Deutschland) wussten Bescheid.

Zerschlagen nicht nur:

Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen

für digitalen Innovationstransfer, herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit Denk- und Wissensfabrik in Velbert, Zerschlagung seines Unternehmens mit hochqualifizierten, schon in 2000 voll digitalisierten Arbeitsplätzen mit einem professionell arbeitenden Congressmesse-Team, das in 2003 entlassen werden musste, aber mit dem Versprechen, alle beim schnellstmöglichen Wiederaufbau der Congressmessen zurückholen zu wollen. Danach Zerschlagung seiner professionell operierenden Lieferkette, deren Firmen andere Auftraggeber suchen mussten, Zerschlagung seiner Kundenpotentiale (Hauptkundenstamm New Economy 2000, digitale Innovationselite), seiner Referenten- und Aussteller-Potentiale durch

Rundfunksperre mit Rückendeckung aus Berlin

Zerschlagung seines Geschäftshauses: Denk- und Wissensfabrik.

Repräsentative Gründerzeit-Villa von deutschen Banken für Schuldentilgung konfisziert, weil Wiederaufbau verweigert.

Zerschlagung seines bayerischen Geburtshauses mit Geschäfts- und 2.Wohn-Immobilie, mit einer Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (Erzwingung seines Freitodes in 2012 mit öffentlicher Diskriminierung und Diffamierung in Kommunalwahlen und öffentlichen Pressekonferenzen des Landratsamtes Tirschenreuth (Volksjustiz) und verfassungswidrigen Urteilen am Verwaltungsgericht Regensburg und anschließende Nachlass-Insolvenz)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

Nach politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit Rundfunksperre durch ÖRR, nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag in 2010 mit Anschreiben an Intendanten der ARD/ZDF mit Rundfunksperre seit 2008:

Opfer kriminalisierender Missbrauch sozialer Verpflichtungen für soziale Zerschlagung trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen,

Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch von Erzwingungshaft für Freiheitsberaubung (zweimal) und psychische Folter trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen ,

Opfer kriminalisierender Missbrauch von Gebührenbescheiden und Widerspruchsbescheiden für eine Fülle von Zwangsmaßnahmen in Kenntnis eigener Schuld

Opfer kriminalisierender Missbrauch von rechtsanwaltlicher Unterstützung für Maximierung von Rechtskosten trotz erdrückender Beweislage

Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010

Opfer kriminalisierender Missbrauch eines Pfändungsschutzkonto durch Sozialversicherungsträger für Kosten eines Rechtsanwalts, der eine verfassungswidrige Krankenversicherung am Landgericht Wuppertal trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen durchgesetzt hat

Opfer kriminalisierender Missbrauch von Bußgeldverfahren am laufendem Bande am Amtsgericht Mettmann mit Fortsetzung jetzt am Amtsgericht Velbert seit 2011

Opfer vernichtender Missbrauch der rechtsanwaltlichen Vertretungspflicht

der 2. Instanz für Maximierung der Rechtskosten bei politisch motivierten

Zerschlagungen extremistischer Ausuferung

Opfer kriminalisierender Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen für Pfändungsschutz-Kontoinhaber seit 2013 ohne Nutzungsmöglichkeiten selbst für Dispo-Kredite, geschweige denn Kreditkarten

Opfer verhöhrende Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung für inhumanes Lebensende mit politisch motivierter Sklavenhaltung des Zerschlagungsopfers im 81. Lebensjahr

Daher jetzt gefordert:

Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz

Verfassungswidrig: Psychische Folter und Opfer diskriminierender, Alter diskriminierender, Generationen diskriminierender Missbrauch sozialer Zerschlagung durch Sozialversicherungsträger, von dessen Rechtsanwältinnen zugemüllt mit Geldforderungen und Zinseszins-Rechnungen verhindert bis heute Rehabilitation und Schadenersatz, verhindern Aktualisierung von qualifizierten Klageschriften für das Verwaltungsgericht Berlin mit Elke Büdenbender im Richter-Kollegium und

Verwaltungsgericht Regensburg mit Söder-Nähe (Söder/Huml-Mittäterschaft mit Rückendeckung von Bundeskanzlerin einschl. Söder/Huml-Kooperation aufgezeigt)

Nachgewiesener Zusammenhang: Kooperation von Söder / Huml / Michel bei politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort unter Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin seit 2008 mit Intensivierung nach Petitionen am Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag in 2010 mit Vernichtung seines Bruders in 2012 Qualifikation der Europäischen Congressmessen vom Beklagten mit politisch motivierten Raubkopien längst anerkannt, daher auch gerichtlich zu bestätigen.

Antrag auf Verurteilung der/des Beklagten, offensichtlich mit Sondervollmachten der Zerschlagung für die stellvertretende Intendantin Eva-Maria Michel, offensichtlich stellvertretend für gesamte ARD/ZDF-Intendantenschaft (alle Intendanten der ARD und des ZDF in 2007 mit Merkel-Anschreiben (Innovationen 3) informiert,

Schaden durch Rundfunksperre viel größer als durch multimediale Raubkopien mit verwaltungsgerichtlicher Verhinderung von qualifizierten und weiterführenden Zeugenbeweisen

Antrag auf Anerkennung des grundgesetzlichen Anspruchs auf Rehabilitation und Schadenersatz, Geständnis-Verweigerung des Beklagten ist endlich mit Strafverschärfung zu bewerten

Antrag auf Einräumung von mehr Arbeitszeit für Ausarbeitung qualifizierter Klageschriften, ohne weitere Verzögerung durch soziale Zerschlagung, ohne Altersdiskriminierung im 81. Lebensjahr mit Umsetzung der Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach weniger Verfassungsbeschwerden

Massive Täter / Opfer-Umkehr: Täter ist nicht der Kläger, sondern Opfer sind der Kläger und seine Familie, sein Bruder u.a., sind Zerschlagungsopfer einer Menschen, Bürger und Gebührenzahler verachtenden Diskriminierung, Diffamierung und Kriminalisierung in einem brutalem Umfeld mit enormen Staatsversagen (Politikversagen) mit eskalierender Ukraine-Krieg-Zeitenwende und mit höchstem

ÖRR-Reformbedarf nach Eskalation des Schlesinger-Skandals.

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

Wir haben ein herausragendes Lebenswerk vorzuweisen, mit dem Deutschland Spitze war im internationalen Bereich,

bevor es mit über 50 Milliarden „Judas-Silberlingen“ (EUR)) der UMTS-Auktion 2000 zugunsten der Kostentilgung für die deutschen Einheit (diese Kostentilgung ist Aufgabe der deutschen Solidargemeinschaft) zerschlagen wurde. Siehe

Anlage GSTA-03:

Nur 5 Seiten Kopien als Hinweis auf die Vergangenheit des Kostenopfers der deutschen Einheit

Auf der ONLINE'98 wurden multimediale Raubkopien unter Missbrauch von Presseausweisen für nicht-öffentlichen Informationszugriff auf Management-Symposien der Congresse angefertigt. Persönlich verantwortlich:

Eva-Maria Michel, WDR/Phoenix-Justiziarin seit Okt.1997.

Dadurch ist ein direkter Einnahme-Ausfall von ca. 100.000 € entstanden. Weitergehender, viel größerer Schaden durch Rundfunksperrung zu politisch motivierten Zerschlagungen in Polit-Magazinen ist einzufordern.

Der Sachverhalt ist längst aufgeklärt. **Judikative Entscheidungen wurden bis heute von einem Gericht zum anderen immer wieder verschoben:** Vom Amtsgericht Velbert an Verwaltungsgericht

Düsseldorf an Verwaltungsgericht Berlin an Amtsgericht Velbert.

Niemand wollte sich mit den verantwortlichen Spitzenpolitikern anlegen. Es gibt nicht nur ein Schlesinger-Affaire, sondern auch eine **Michel-Affaire**, die längst geklärt, aber noch nicht aufgearbeitet ist.

Der Unterzeichner hat

grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG auf Schadenersatz durch den WDR (öffentlich-rechtlichen Rundfunk) und

zusätzlichen Anspruch auf eine aussagefähige Antwort der Intendanz zu den Einwendungen auf einen enorm verfassungswidrigen Bescheid. Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Albin L. Ockl

Besonderes Gedenken als persönliche Anzeige des Unterzeichners in dankbarer Erinnerung: > > >



Wir trauern um

hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung auf und nach den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH Bundespräsidenten, Bundesratspräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, Bundesdatenschutzbeauftragte, : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Prof. Dr. Horst Köhler, verstorben am 01. Februar 2025, **Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (2004-2010)**., Rücktritt mit sofortiger Wirkung am 31. Mai 2010 nach Eingang meines Schreibens vom 25. Mai 2010 um Unterstützung meiner Petition am Deutschen Bundestag in Berlin

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

Rücktritt mit sofortiger Wirkung: Warnsignal als Hinweis auf enormes Staatsversagen

Dr. Johannes Rau, verstorben am 27. Januar 2006 **Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)** Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf unserer **KOMMTECH 1988**, der 5. Europäischen Kongressmesse für technische Automation in Essen 1 Jahr vor dem Mauerfall im Zuge der politischen Wende mit einer hochrangigen Delegation der DDR auf der KOMMTECH'88 auf dem Weg zur Wiedervereinigung

> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Dr. Bernhard Vogel, verstorben am 02. März 2025, **Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Brückenbauer für Ost und West, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten in 1985, Festredner auf der ONLINE'85 in Düsseldorf**

> > > <https://www.euro-online.de/1984.htm>

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6>

Scroll down to ONLINE'85

Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel war ein Ausnahmepolitiker und der einzige Ministerpräsident, der in Ost und West regiert hat.

Anlässlich der Festrede auf der ONLINE'85 hat das Jugendorchester meines Wohnortes am Gymnasium Velbert aufgespielt mit der **Feuerwerksmusik von Georg Friedrich Händel** als musikalischer Rahmen für Innovationsaufbruch und -wachstum.



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als **Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur** **unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution**, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben **und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben**, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congressse für Künstliche Intelligenz (KI) mit $3 \times 4 = 12$ ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009), wegen verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und deren verfassungswidrigem Missbrauch für politisch motivierte Zerschlagungen, unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz.

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf>

> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > https://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Anlagen

Anlage VB-2430+

Enormes Staatsversagen:

Öffentliche Stellungnahme (07.03.2025) des früheren

Bundesverfassungsgericht-Präsidenten (2002-2010)

Prof. em. Dr. jur. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier

Anlage WDR-02:

Enorm verfassungswidrig: Festsetzungsbescheid gegen

Zerschlagungsoffer ohne Schadenersatz (Rechtsanwendungen ohne

Respektierung von Grundrechten) - Beitragsnummer 250514940

Anlage GSTA-03:

Nur 5 Seiten Kopien als Hinweis auf die Vergangenheit des

Kostenopfers der deutschen Einheit

Auf der ONLINE'98 wurden multimediale Raubkopien unter

Missbrauch von Presseausweisen für nicht-öffentlichen Missbrauch

von Management-Symposien der Congresse angefertigt. Persönlich

verantwortlich:

Eva-Maria Michel, WDR/Phoenix-Justiziarin seit Okt.1997.

Dadurch ist ein direkter Einnahme-Ausfall von ca. 100.000 €

entstanden. Weitergehender, viel größerer Schaden durch

Rundfunksperre zu politisch motivierten Zerschlagungen in Polit-

Magazinen ist einzufordern.

Anlage GSTA-04:

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 1322/25 vom 20.Juli 2025

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30f.pdf>

Scroll down after link (page 107)

mit Bestätigung des Bundesverfassungsgerichts.

Anlage SGA gemäß Fax vom 11.12.2023

Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023

„Nie wieder politisch motivierte Zerschlagungsjustiz wie unter der NS-Diktatur“, so Mütter und Väter des Grundgesetzes vor 75 Jahren (Mai 1949). Nie wieder ist jetzt 2023:

25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens, jetzt im 83.Lebensjahr

unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)

nicht trotz, sondern

wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2).

Fehlbedarf von 60 Mrd. EURO im Bundeshaushalt 2023 nach Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.Nov.2023:

Einsparungsmaßnahmen werden angedroht. Gegen wehrlose, unbeteiligte Bürger? > Fortsetzung verfassungswidriger Übergriffe vorprogrammiert?

Politische Ausreden ohne Rechtskraft: Frühere Regierungen hätten auch so verfahren; oder einfach nur Entschuldigung, weil die außergewöhnliche Notsituation nicht vorhersehbar gewesen sei.

Aussetzen der Schuldenbremse? „im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen“?

Wirklich nicht vorhersehbar: Außergewöhnliche Notsituation des Beschwerdeführers aus 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern wegen

Fehlbedarf von 50 Mrd EURO im Bundeshaushalt 2000: Verfassungswidrige Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde,

> die aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, deren Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsbefugnis einer beklagten Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,

> die bis heute mit Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane,

> die einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste aus totalem Versagen der parlamentarischen Kontrolle.

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 146)

Legende

Schriftsätze vom 27.Sept. 2022 / 23.Feb.2023 an das Amtsgericht Velbert

(26 OWi-523 Js 814/22-84/22) mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde
gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79
OWiG u.a.m.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung
gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und
Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier /
Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-
02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)

weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für
soziale Zerschlagung unter Debeka (Zeugen) und der Zeuge längst zum
Mittäter geworden ist,

weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten
Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,

weil der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsopfer nicht
soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so
Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und
verhindert, und so zum Mittäter geworden ist,

weil langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass
weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder
zu betreiben haben,

Daher: Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen
Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.

02. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch
Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar
nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf

03. Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen
Verkehrswidrigkeit:

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern

wegen einem herausragenden Lebenswerk

**mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland
und Europa, ohne Subventionen,**

mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl.

professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsopfer: Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt,
entrechtet und verklagt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik,
deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen)
bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit

21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten

Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern
und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche
Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen
mangelnder Kontrolle und Transparenz)

zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen

mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

04. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 01/10)

Schreiben vom 24.Feb.2023 an das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22): Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen in öffentlicher Verhandlung vorgelesenes Urteil vom 24.02.2023 Schreiben vom 04.04.2023 an das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22)

mit Information über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 gemäß Anlage der Verfassungsbeschwerde.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 74)

Schriftsatz vom 28.08.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss vom 21.Aug.2023

durch Richterin am Landgericht Kellner wegen verfassungswidrigem Missbrauch von Bußgeldbescheiden seit 2011

im Umfeld von und mit ausschließlicher Ursache von

25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten

wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit einer Treib-und Hetzjagd am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern **05-OLG**. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss IV-3 ORbs 133/23, weil

brutal verfassungswidrig, mit wahrheitswidrigen Angaben begründet, ohne Respektierung von Grundrechten, daher ohne Rechtskraft.

Zu beachtende Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde hat Anspruch auf Respektierung von Grundrechten, darf verfassungsrelevante Wahrheiten nicht unterdrücken, wurde vom Beschwerdeführer nachweislich eingehalten. Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde ist verfassungswidrig, wenn sie dazu missbraucht wird, verfassungsrelevante Wahrheiten ohne Richterkontrolle zu unterdrücken. Die Geschäftsstelle des zuständigen Amtsgerichtes ist kein grundrechtsfreier Raum.

Darüber hinaus: Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht ist das richtige Forum, um auf

staatsanwaltschaftliche Fehlleistungen dieses Umfangs aufmerksam zu machen, weil Staatsanwälte weisungsgebunden sind und das Bundeskanzleramt mit Weisungsbefugnis über Staatsanwälte beklagt werden muss wegen Rehabilitierung und Schadenersatz: Es geht um **25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen**

mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Polizei-Terror bei Dunkelheit unmittelbar vor einer Gerichtsverhandlung im Januar 2023, mit Opferkriminalisierungs-Wahnsinn und mit Schadenersatz-Sabotage, mit Altersdiskriminierung und altersfeindliche Generationen-Diskriminierung, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, gegen Rentner im **82.Lebensjahr mit Zerschlagung**

eines herausragenden Lebenswerkes im 61.Lebensjahr, mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution mit nachhaltigem, professionellem Wissensmanagement . . .

Aber Hallo! Deutsche Staatsangehörige sind keine Untertanen, sondern Bürger mit Grundrechten:

Totales Justiz-Versagen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 38)

Schriftsatz vom 03.10.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Hinweis auf termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss IV-3 ORBs 133/23 523 Js-OWi 814/22 StA Wuppertal vom 25.Sept.2023

06-OLG. Rechtsmittel der Anhörungsrüge ist Voraussetzung, um eine Verfassungsbeschwerde gegen einen verfassungswidrigen Beschluss vornehmen zu können. Sieh Kapitel 05-OLG im Schriftsatz vom 28.08.2023. Der Beschluss vom 25.Sept.2023 ist brutal verfassungswidrig wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu verheerenden Schadenswirkungen politisch motivierter Zerschlagungen entsprechend dem grundrechtsgleichem Rechts nach Art.103 Abs.1 GG. Termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss wird durchgeführt.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>
Scroll down after link (page 58)

Persönlicher Brief vom 20.03.2025 an Richterin Zankl am Amtsgericht Velbert

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>
Scroll down after link (page 70)

Schriftsatz vom 27.03.2025

26 OWi 84/22 (523 Js 814/22) Amtsgericht Velbert mit Kopie vorab
Fax 0721-9101-382

Bundesverfassungsgericht 2 BvR 295/25
Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025

Einspruch mit sofortiger Beschwerde und mehrfacher
Verfassungsbeschwerde wegen

- 1) Formfehler der förmlichen Zustellung des Beschlusses ohne Zustelldatum
- 2) **Verfassungswidriges Übermaß: Erneute Freiheitsberaubung** als Fortsetzung eines verfassungswidrigen Bußgeldverfahrens 26 OWi 84/22 (523 Js 814/22) nach mehrfacher Verfassungsbeschwerde zu verfassungswidrigen Bußgeldbescheid vom 28.06.2022 mit weiterem Beschluss vom 25.März 2025 ohne Zustellungsdatum

Der gesamte Schriftsatz: Die detaillierten Ausführungen zu dem Schriftsatz mit Kapitel BVERFG-419 sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>
Scroll down after link (page 81)